

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, weist die Hardthöhen-Pläne zurück, weibliche Soldatenstellen zu schaffen:
Schein-Gleichberechtigung.
Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, würdigt den Verlauf der Ostermarche: Die Friedensbewegung lebt. Seite 3

Professor Dr. Nils Diederich MdB verurteilt pervertierte Sicherheitsbestrebungen für Bonner Ministerien: Eingemauerte Demokratie. Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament, befaßt sich mit einer Verordnung, die das europäische Einigungsstreben erschwert: Der bayerische Führerschein. Seite 5

Dokumentation

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges und Michael Müller appellieren an Jugendverbände und -organisationen: Die Gewerkschaften unterstützen. Seite 6

39. Jahrgang / 79

24. April 1984

Schein-Gleichberechtigung

Der Plan, weibliche Soldatenstellen zu schaffen, ist abzulehnen

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Noch bevor es eine angemessene und gründliche Beratung im Verteidigungsausschuß gab, ist jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Würzbach mit der Ankündigung vorgeprescht, 15.000 weibliche Soldatenstellen zu schaffen um damit den ersten großen Schritt zum weiblichen Soldatenberuf zu gehen. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, eine drohende Personallücke der Bundeswehr teilweise auch mit Frauen zu füllen. Außerdem wird der Gleichberechtigungsgrundsatz bemüht.

Aus meiner Sicht ist dieser Plan aus mehreren Gründen abzulehnen:

- Gleichberechtigung für Frauen im Soldatenberuf ist eine Fiktion. Da Frauen aufgrund einer eindeutigen Bestimmung des Grundgesetzes ohnehin keinen Dienst an der Waffe leisten dürfen, bleiben ihnen Tätigkeiten im Bereich militärisch-technischer Dienst-



leistungen übrig. Frauen verbleiben damit in einem Sonderstatus, der einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Wege steht.

- Da die Bundeswehr hauptsächlich mit Schwierigkeiten rechnet, ausreichend Wehrpflichtige zur Verfügung zu haben, können weibliche Zeit- und Berufssoldaten kein Ersatz zur Deckung der eigentlichen Personallücke sein. Wenn dennoch gerade jetzt auf den weiblichen Soldaten zugesteuert wird, vermute ich etwas anderes: Dies ist lediglich die Vorstufe für eine später bereits insgeheim geplante Wehrpflicht von Frauen! Denn wenn erst einmal weibliche Zeit- und Berufssoldaten da sind, wird die nächste Frage lauten: Warum dann nicht auch als Wehrpflichtige?
- Die Bundeswehr sollte nicht als eine Institution wie jede andere gesehen werden, die der Gleichberechtigung zu öffnen sei. Wehrdienst sowie auch Zivildienst sind eine Art Gemeinschaftsdienst. Indem Frauen Kinder gebären und trotz aller Gleichberechtigungsbemühungen in Beruf und Familie immer auch die zeitlich und psychische Hauptbeanspruchung zumindest in der Kleinkindererziehung haben werden, leisten sie einen Gemeinschaftsdienst, den ihnen niemand abnehmen kann. Schon deshalb sollte man ihnen nicht den Gemeinschaftsdienst bei der Bundeswehr aufladen.
- Unverständlich ist, was die Bundesregierung dazu veranlaßt, die Bundeswehr einer so heiklen und psychologisch gerade in Deutschland so belasteten Streitfrage auszusetzen wie der des weiblichen Soldatenberufs. Der Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft leistet diese Frage keinen Dienst.

(-/24.4.1984/ks/rs)

+ + +



Die Friedensbewegung lebt

Das friedliche Engagement gegen den Rüstungswahnsinn wird von der Bevölkerungsmehrheit mit Sympathie begleitet

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Es gab nicht wenige Konservative im Lande, die sich und anderen einreden wollten, die Friedensbewegung sei nichts anderes gewesen als ein, wenn auch großer politischer Spuk, der sich mit dem Beginn der Raketenstationierung im letzten Jahr in Resignation aufgelöst habe.

Dies war ein Irrtum, wie die Ostermärsche dieser Tage gezeigt haben dürften: Die Friedensbewegung ist nach wie vor imstande, Tausende von Menschen gegen den Rüstungswahnsinn auf die Straßen und Plätze zu bringen.

Und, was mindestens ebenso wichtig ist: Diejenigen, die sich friedlich für den Frieden engagieren, können sich der Sympathie der großen Mehrheit in unserem Lande sicher sein. Denn die Skepsis in den Sinn der nuklearen Abschreckung und eines militärischen Rüstungswettlaufs bis in den Weltraum hinein hat die Menschen erfaßt, und zwar nicht nur in Deutschland und nicht nur im Westen.

Insofern ist es doppelt stupide, wenn die Sprecher der Union, gebetsmühlenhaft und ohne hinzuschauen, die Friedensbewegung (die sich übrigens in den letzten Monaten sichtlich bemüht hat, den DKP-Einfluß aus ihrem Organisationsbereich, wo es ihn wohl gab, herauszudrängen) pauschal in den Geruch kommunistischer Umtriebigkeit zu bringen versuchen.

Freilich, die Sprüche des bornierten Herrn Todenhöfer sollte man nicht ernster nehmen als den ganzen Mann: Wer so gegen die Lebenswirklichkeit eines vielfältigen Protestes von kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, von Sozialdemokraten und sogar auch vereinzelt Christdemokraten anredet, der richtet sich selbst.

Wichtiger ist es, Bundesregierung und Bundeskanzler auf ihren "Frieden-schaffen-mit-immer-weniger-Waffen"-Versprechen festzunageln. Die Vertröstungen des Herrn Mertes, der jetzt das Jahr 1984 für die Abrüstung abzuschreiben beginnt, nachdem er vorher zusammen mit seinen Parteifreunden irrealer Erwartungen geschürt hat, zeugen eher von Hilflosigkeit auf einem Feld, auf dem die Bonner Koalition gefordert ist, Abrüstungspolitik endlich konkret zu machen, statt immer nur und immer wieder abrüstungspolitische Sprüche zu klopfen. (-/24.4.1984/ks/rs)

+ + +



Eine Demokratie mauert sich ein

Anmerkungen zu den pervertierten Sicherheitsbestrebungen für Bonner Ministerien

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Dieser Tage konnte man der Presse entnehmen, daß das britische Verteidigungsministerium das Ansinnen britischer Konservativer zurückgewiesen hat, den Luftwaffenstützpunkt Greenham Common, den Frauengruppen als Stationierungsort der Cruise-Missile-Marschflugkörper belagern, durch einen "Zaun im Stil der Berliner Mauer" gegen Eindringlinge zu sichern. Aus Kostengründen, wie es heißt.

Das "Volksblatt Berlin" kommentierte wie folgt: "Abgesehen von der geschmacklosen Forderung läßt sich zu dem Ansinnen nur erklären: Bereits ein 'Zaun' besagten Stils ist zuviel."

Dies am 12. April 1984, einen Tag, nachdem im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Mehrheit aus CDU/CSU und FDP die Sperrvermerke an Haushaltsteilen aufgehoben hatte, die den Bau einer ähnlichen "Anlage" zum Ziele hat - und dies mitten in der Bundeshauptstadt.

Seit langem nämlich besteht der Plan, die provisorische Stacheldrahtumzäunung (die inzwischen stark mit Grün überwuchert ist) um die Bundesministerien der Justiz, für Bildung und Wissenschaft und für Forschung und Technologie durch eine "moderne" Einfriedung zu ersetzen - mit unübersteigbarem Stachelzaun, Panzergraben und perfekter Fernsehüberwachung.

Dem Haushaltsausschuß war das Ganze 1983 nicht geheuer gewesen, und so hatte er den Titel zunächst gesperrt. Immerhin soll der Spaß - moderne Grenzanlage, Fernsehüberwachung, Neuordnung der Zugangsbereiche - müde 4.348.000 DM kosten. Inzwischen sind aber offenkundig die Unionsabgeordneten von den sicherheitsbedürftigen Beamten breitgewalzt worden.

Bezeichnenderweise wurde als Notwendigkeit für die zitadellenartige Einmauerung auch angeführt, daß die (in den frühen sozial-liberalen geplante) offene und der Öffentlichkeit zugewandte Bauweise der Gebäude eine erhöhte Gefährdung darstelle. Es könne ja jemand auf die Idee kommen, nach dem Stil Beirutischer Sprengstoffanschläge etwa mit einem explosiven Lastwagen in die Tiefgarage zu fahren und so weiter.

So wird also im Nachhinein durch diesen Beschluß die hirnverbrannte Theorie gewisser Terroristen gerechtfertigt, wonach es darauf ankäme, diese Republik durch Anschläge zu verunsichern, damit die Massen gegen die Demokratie mobilisiert werden könnten. Sollte dies hier gelungen sein und damit das zukunftsweisende Wort von Willy Brandt: "Mehr Demokratie wagen" ad absurdum geführt sein?

Die logische Konsequenz dieser pervertierten Sicherheitsbestrebungen müßte eine systematische Kasernierung der Familien aller sicherheitsempfindlichen Personen und die Perfektionierung des Überwachungsstaats sein. Eine Demokratie mauert sich ein!

Wie schrieb doch das "Volksblatt Berlin"? Siehe oben.

(-/24.4.1984/ks/rs)

+ + +



Der bayerische Führerschein...

Der Weg zu verkehrspolitischen Übereinkünften auf Europaebene
wird von dem Freistaat nicht erleichtert.

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

In einer hessischen Tageszeitung war kürzlich folgendes zu lesen: "Bayerische Bürger dürfen ihren Führerschein nur in Bayern erwerben. Der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Bökel bezeichnete es als 'unerklärliches Mißtrauen', daß sich der Freistaat weigere, seinen Einwohnern Fahrprüfungen in anderen Bundesländern zu gestatten, obwohl die Länder die Anerkennung entsprechender Fahrerlaubnisse vereinbart hätten."

Diese Meldung machte mich neugierig. Soll es wahr sein, daß wir im Europäischen Parlament darum ringen, endlich einheitliche Regeln für alle EG-Staaten durchzusetzen, um zu einem tatsächlichen Europäischen Führerschein zu kommen und andererseits der Freistaat Bayern sein eigenes Führerschein-Spielchen betreibt?

Meine diesbezügliche Anfrage an den Bundesverkehrsminister beantwortete dessen Parlamentarischer Staatssekretär so:

"Nach den Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) hat die Fahrerlaubnisbehörde einem amtlich anerkannten Sachverständigen oder Prüfer für den Kfz-Verkehr den Prüfauftrag zu übersenden (Paragraph 10 Absatz 1 Satz 2). Der Sachverständige oder Prüfer bestimmt daraufhin Zeit und Ort der Prüfung (Paragraph 11 Absatz 1 Satz 1). Die Durchführung dieser Rechtsvorschriften obliegt den Bundesländern.

Es trifft zu, daß unter den Bundesländern unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob Prüfungen grundsätzlich auch außerhalb des Wohnorts abgelegt werden können, wenn der Wohnort als Prüfort anerkannt ist. Wie die zuletzt Ende 1982 im zuständigen Bund-Länder-Fachauschuß stattgefundene Beratung dieser Problematik ergeben hat, wird in etwa der Hälfte der Bundesländer, darunter auch in Bayern, einschränkend wie folgt verfahren:

Grundsätzlich wird die Prüfung an dem Wohnort (gleich Prüfort) durchgeführt; Ausnahmen hiervon werden beim Vorliegen triftiger Gründe gewährt. Solche Ausnahmen liegen zum Beispiel vor, wenn der Prüfling wegen auswärtiger Ausbildung oder beruflicher Tätigkeit seine Fahrschulausbildung nicht am Wohnort, sondern am Ausbildungs- oder Arbeitsort nimmt."

Auch das Bayerische Staatsministerium des Innern hat sich zur Sache geäußert und darauf verwiesen, daß "in etwa der Hälfte der Bundesländer" seit 1964 eine Regelung gilt, wonach "ein Bewerber die Fahrerlaubnisprüfung grundsätzlich im Bereich seines Wohnortes abzulegen hat, weil er im wesentlichen dort später auch fahren wird. Wer allerdings ein berechtigtes Interesse daran hat, die Führerscheinprüfung an einem anderen Ort als an seinem Wohnsitz abzulegen, kann dies tun".

Schließlich sind die Bayern großzügig und deshalb auch bereit, "auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine Vereinbarung entsprechend der mit Baden-Württemberg getroffenen Regelung abzuschließen, wenn dafür aus hessischer Sicht eine Notwendigkeit gesehen wird. Aus bayerischer Sicht steht einer solchen Vereinbarung nichts im Wege".

Wie wär's, wenn alle deutschen Bundesländer eine "Gegenseitigkeitsvereinbarung" abschließen würden. Dies wäre ein vernünftiger Schritt hin zu europäischen Lösungen, oder?
(-/24.4.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die beiden Abgeordneten Konrad Gilges und Michael Müller, in der SPD-Bundestagsfraktion für jugendpolitische Fragen zuständig, haben in einem Brief an alle Jugendorganisationen und Jugendverbände dazu aufgerufen, den Gewerkschaften für ihre Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen nachhaltig Unterstützung zu geben. Angesichts der unverantwortlichen Blockadepolitik der Wirtschaft und der Diffamierungskampagne der Bundesregierung sei es eine Verpflichtung, gerade junger Menschen, Stellung zu beziehen. Es gehe um weit mehr als um enge tarifpolitische Auseinandersetzungen, so daß gerade Jugendliche nicht abseits stehen dürfen, wenn ein konservativer Umbau unseres Sozialstaats angestrebt werde, betonen die beiden Abgeordneten, die früher selbst Funktionäre von Jugendorganisationen waren; Gilges als Bundesvorsitzender der Falken, Müller als Mitglied des Juso-Bundesvorstandes. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut:

Jugendorganisationen sollen Gewerkschaften unterstützen

"Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

In der Bundesrepublik spitzen sich die Auseinandersetzungen um die Einführung von Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere um die gewerkschaftliche Forderung einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bedrohlich zu. Unternehmerverbände, Bundesregierung und viele Massenmedien bekämpfen dieses Ziel mit Mitteln der Diffamierung und Unsachlichkeit, obwohl die gewerkschaftlichen Forderungen unter den gegenwärtigen Bedingungen eines dauerhaft niedrigen Wachstums bei weiter steigender Produktivität zu den aussichtsreichsten Ansätzen, gehören, um die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu verringern.

- o Arbeitszeitverkürzungen sind ein Solidarbeitrag mit den Arbeitslosen.
- o Arbeitszeitverkürzungen geben Jugendlichen eine Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten.
- o Arbeitszeitverkürzungen sind ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität.
- o Arbeitszeitverkürzungen sichern die soziale Stabilität unserer Gesellschaft.

Deshalb ist die Blockadepolitik von Wirtschaft und Bundesregierung unsozial und unverantwortlich.

Bei den aktuellen Auseinandersetzungen geht es um weit mehr als um tarifpolitische Fragen. Es geht darum, ob der Weg des sozialen Interessenausgleichs fortgesetzt wird oder ob nur noch die Interessen der wirtschaftlich Starken zählen.

Wir sind deshalb für eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen. Wir wollen Sie als verantwortlicher Jugendpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion bitten, gerade in diesen Wochen durch eine Vielzahl von Solidaritätserklärungen auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens den Gewerkschaften Unterstützung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen,

Konrad Gilges, Michael Müller."

(-/24.4.1984/ks/rs)

+ + +

